



(K)ein Dienst für Deutschland? Überblick über die Wehrpflichtdebatte

von Robin Welsch

Inhaltsverzeichnis

1. Personalmangel der Bundeswehr?	2
1.1 Zielgrößen.....	2
1.2 Gescheiterte Bundeswehr-(An)Werbung?	4
2. Das Comeback der Wehrpflicht?	6
2.1 „Optimierung“ des Freiwilligen Wehrdienstes	6
2.2 „Grundgesetzkonforme Auswahlwehrpflicht“	7
2.3 „Geschlechtsneutrale Wehrpflicht“ und „allgemeine Dienstpflicht“	8
2.4 Schweden als Vorbild: Allgemeine Dienstpflicht	8
3. Pistorius‘ „Neuer Wehrdienst“: Prolog der Wehrpflicht?	8
3.1 Die wichtigsten Zahlen zum „Neuen Wehrdienst“	8
3.2 Direkte Kritik am neuen Wehrdienstmodell	9
3.3 Gesetzliche Grundlage.....	9
4. Kritik	9
4.1 „Wehrgerechtigkeit“: Das Ende militärischer Männlichkeit?.....	9
4.2 Sozialverbände gegen Dienstpflicht.....	11
4.3 Kritik aus ökonomischer Perspektive	12
4.4 Umfrageergebnisse: Werte-Erziehung oder Freiheitsberaubung?	13
5. Ausblick	13
5.1 CDU für Rückkehr zur Wehrpflicht.....	13
5.2 Kommt die Grundgesetzänderung?	14
6. Fazit	14

(K)ein Dienst für Deutschland – Zusammenfassung

Die Studie gibt einen umfassenden Überblick über Positionen und Kritik in der Debatte um die “Neue Wehrpflicht” in Deutschland. Ihr Fazit: Das aktuelle Modell („Wehrdienst“) scheint ungeeignet, den Personalbedarf der Bundeswehr kurz- und langfristig zu decken. Deshalb droht bei Nichterreichen der Rekrutierungsziele eine vollumfängliche Re-Aktivierung der Wehrpflicht, einschließlich einer Grundgesetzänderung zur Einbeziehung von Frauen und der Einführung einer allgemeinen zivilen Dienstpflicht. Daran bestehen aber u.a. erhebliche organisatorische, ökonomische und verfassungsrechtliche Bedenken.

Personalmangel in der Bundeswehr

Der Bundeswehr fehlen rund 20.000 Beschäftigte vor allem im qualifizierten Mittelbau der Unteroffiziersdienstgrade. Das offizielle Ziel, die Bundeswehr auf 203.000 Soldat*innen aufzustocken, konnte bisher nicht erreicht werden. Stattdessen wurde die Frist von ursprünglich 2025 mehrmals inzwischen auf 2031 verschoben. Fraglich ist, ob diese Ziel mit den bisher ergriffenen Werbemaßnahmen überhaupt erreicht werden kann.

Wehrdienst: Comeback der Wehrpflicht?

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) wurden im Mai 2024 Modelle für einen “Neuen Wehrdienst” vorgelegt. Zur Auswahl standen drei verschiedene Konzepte: Erstens könnten im Rahmen einer „Optimierung“ des freiwilligen Wehrdienstes Personen mit Erreichen des 18. Lebensjahres kontaktiert und per Online-Fragebogen zu ihrer Eignung, Motivation und Einstellung zum Wehrdienst befragt werden. Zweitens kommt eine „grundgesetzkonforme Auswahlwehrpflicht“ in Betracht, die eine Wehrpflicht für Männer und einen freiwilligen Dienst für Frauen vorsieht. Die dritte Option verknüpft eine „geschlechtsneutrale Wehrpflicht“, wie sie beispielsweise in Schweden seit 2017 gilt, mit einer „allgemeinen Dienstpflicht“. Die im Juni 2024 verkündete Entscheidung läuft im Wesentlichen auf die erste Option hinaus: Alle Kandidat*innen eines Jahrgangs werden mit einem Fragebogen angeschrieben, den Männer beantworten müssen. Diejenigen, die sich bereit zum Wehrdienst erklären, werden anschließend gemustert und zunächst 5.000 für eine Dienstzeit zwischen sechs bis 23 Monaten ausgewählt.

Kritik an der Wehrpflicht

Auch wenn die Zielgrößen ansteigen sollen ist es unwahrscheinlich, dass die Bundeswehr ihre Personalprobleme mit dem neuen Wehrdienst beheben kann. Eine weitreichende Re-Aktivierung der Wehrpflicht erscheint deshalb immer noch wahrscheinlich. In Politik und Wirtschaft gibt es Positionen, die eine solche Wiedereinführung einer Wehrpflicht aus organisatorischer und ökonomischer Perspektive deutlich kritisch gegenüberstehen. Ökonomen kritisieren, dass die Wehrpflicht den Arbeitskräftemangel in Deutschland befeuert. Repräsentative Befragungen der Bevölkerung zeigen, dass besonders die betroffene Gruppe der 16- bis 18-Jährigen sich mehrheitlich gegen eine Wehrpflicht ausspricht. Auch das Argument der Geschlechtergerechtigkeit führt in die Irre. Friedensinitiativen und Kriegsdienstgegner lehnen einen Zwangsdienst ganz grundsätzlich ab.

Einleitung

Die Bundeswehr sucht dringend Nachwuchs. Unaufhörlich scheint die Diskussion um die Notwendigkeit der Wehrpflicht im aktuellen Mediendiskurs: Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius stellte am 12. Juni 2024 sein „Wehrdienstmodell neuer Art“ vor, welches für männliche Staatsbürger die Pflicht, in einem Online-Fragebogen persönliche Angaben für die Bundeswehr zu machen, vorsieht. Dennoch fordern Teile der SPD, die CDU, Verteidigungspolitiker*innen und Militär das Comeback der Wehrpflicht zur „glaubhaften Abschreckung“ und Verteidigung Deutschlands gegen die „autoritäre Bedrohung aus dem Osten“. Für die „Gleichberechtigung“ sei es außerdem an der Zeit, über eine „geschlechtsneutrale Wehrpflicht“ bzw. „Allgemeine Dienstpflicht“ nachzudenken. In dieser Studie sollen die Hintergründe und Auswirkungen der Argumentation in der Debatte näher erläutert und kritische Positionen diskutiert werden.

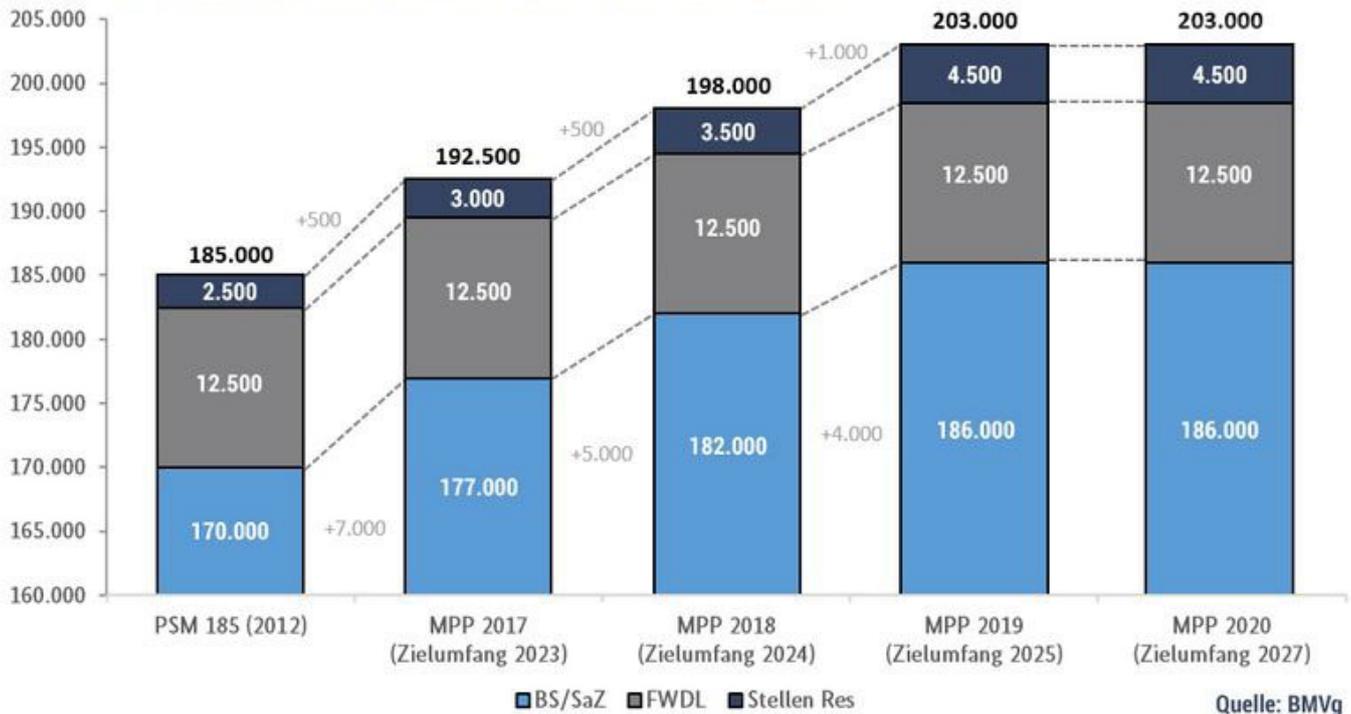
1. Personalmangel der Bundeswehr?

1.1 Zielgrößen

Zuerst ein kurzer Überblick: Laut den Zahlen der Bundeswehr arbeiten derzeit 180.517 Soldat*innen (Stand: April 2024) in Uniform für die Bundeswehr. Die meisten sind Soldat*innen auf Zeit (112.704), gefolgt von Berufssoldat*innen (57.333), und die Freiwillig Wehrdienstleistenden bilden das Schlusslicht mit 10.480, davon 328 im Heimatschutz. Insgesamt gibt es knapp 13 % Frauen unter den Soldaten*innen, in den zivilen Bereichen sind es 39 %.¹

In der öffentlichen Medienberichterstattung wird die materielle wie personelle Ausstattung der Bundeswehr schon seit einiger Zeit angeprangert. Der Bundeswehr fehle es an allem: an Waffen, an Ausrüstung, an Munition, an Kasernen, an WLAN, an Ausbildern, an Wehrdienstleistenden, an Fachkräften. Rund 20.000 Beschäftigte

Zielumfänge milPers MPP 2017 bis MPP 2020



Inzwischen wurde die Zielplanung von 203.000 Soldat*innen auf 2031 verschoben (diskutiert wird sogar eine Verschiebung bis 2035, dann allerdings ohne die Reservist*innen mit einzurechnen. Quelle: Bundeswehr.

fehlten der Bundeswehr vor allem im qualifizierten Mittelbau der Unteroffiziersdienstgrade.² Der Personalbedarf in der Bundeswehr sei auch deshalb hoch, weil die meisten Soldat*innen „nur auf Zeit dienen“ und nach Ende ihrer Militärlaufbahn in die freie Wirtschaft oder zu einer Behörde wechseln würden. Diese Abgänger gelte es regelmäßig zu ersetzen, so die FAZ.³

Auch aus dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr selbst kommen vor allem seit diesem Jahr zunehmend laute Stimmen, die den Mangel an Soldat*innen beklagen und gleichzeitig die Angst vor einem russischen Angriff auf NATO-Gebiet weiter anfachen.

Mit der 2016 eingeläuteten „Trendwende Personal“ wurde auf das neue Verfahren, die Mittelfristige Personalplanung (MPP), gesetzt. Dieses System ermögliche es der Bundeswehr, die Planung des Personalbedarfs flexibel an die Erfordernisse der Sicherheitslage und damit verbundene Fähigkeitsprofile anzupassen. Seit dem „historischen Personal Tiefstand im Juni 2016“ sei die Bundeswehr wieder angewachsen.⁴

Schaut man sich die Grafik zur mittelfristigen Personalplanung des Bundesverteidigungsministeriums an, zeigt sich, dass diese Personalplanung der Bundeswehr seit 2019 fehlschlug. Die Bundeswehr konnte ihre personellen Ziele von 203.000 bis dato nicht erreichen.

Der Zielumfang von 203.000 Soldat*innen wurde bereits mehrfach um zwei bis vier Jahre verschoben, von 2025 auf das Jahr 2027, dann auf das Jahr 2031. Bereits 2023 äußerte sich Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius

selbst skeptisch gegenüber der vorgegebenen Zielgröße, als er das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr in Köln besuchte: „Ob sie ausreicht oder nicht, ist im Augenblick eine sekundäre Frage. Die primäre Frage ist, ob wir sie erreichen können“. Das „Personal habe neben dem Material höchste Priorität“, beschrieb die Zeit im Juni 2023 die Position des Verteidigungsministers.⁵ Seit der Corona-Pandemie waren die Bewerber*innenzahlen generell eingebrochen, als Gründe für die schwierige Lage wurden der Fachkräftemangel und der demografische Wandel genannt. Pistorius forderte eine „vielfältige Truppe“, denn „Potenzial“ läge noch bei „Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte“.

Der *Business Insider* (BI) berichtete im Mai 2024, das Verteidigungsministerium prüfe laut mehrerer Insider offenbar „eine Verschiebung der Zielgröße von 203.000“ auf das Jahr 2035. Jedoch sollen im Unterschied zu vorherigen Plänen „rund 4500 Stellen für Reservisten rausgerechnet werden“, es handle es sich bei der Zahl für die angestrebte Truppenstärke „um ausschließlich aktive Soldaten“. Diese Zahl gelte aber nur im „Friedensfall“. Weiter wird erklärt, „die NATO [habe] neue Vorgaben gemacht, welche Fähigkeiten die Mitgliedsländer im Bündnisfall der Allianz zur Verfügung stellen sollen. [...] Experten im Ministerium [hätten] errechnet, dass [...] die Bundeswehr eine Truppenstärke [von] etwa 250.000 Soldaten haben müsste – also 70.000 mehr als jetzt und sogar 50.000 mehr als die bisherige Zielgröße.“ Ob mit dieser Rechnung die Wehrpflichtpläne angekurbelt werden sollen? Dar-

4 IMI-Studie 5/2024

über äußert sich Petersen vom BI eher skeptisch, denn das Durchschnittsalter der Bundeswehr liege jetzt schon deutlich unter 40 Jahren und der Bedarf bestehe eben nicht an Mannschaftsgraden, sondern an Unteroffizieren und Offizieren, denn es fehle der Bundeswehr an spezialisierten Fachkräften (genannt werden die Bereiche Informatik und Medizin) und Berufssoldat*innen. Das Ministerium prüfe derzeit die Zielgröße an Soldat*innen für den Kriegsfall, die zur Landes- und Bündnisverteidigung benötigt werden, äußerte sich Petersen, der scheinbar in regem Kontakt zu Vertreter*innen des BMVg steht. Dort sei wohl „die Rede davon, dass sich die Zahl von 203.000 mehr als verdoppeln müsste, hinzu kämen wohl auch mehr Reservisten“.⁶

Bis jetzt sind die Bewerber- und Personalzahlen der Bundeswehr tendenziell rückläufig. Gleichzeitig ist die Rede von deutlich höher liegenden Zielgrößen der Bundeswehr unter Berücksichtigung der NATO-Fähigkeitsziele. Das bestätigt André Wüstner, der Vorsitzende des Bundeswehr-Interessenverbandes in der diesjährigen Mai-Ausgabe des Magazins „Die Bundeswehr“. Er weist darauf hin, dass „die NATO neue Forderungen zur Ausgestaltung ihrer Verteidigungspläne gestellt hat.“ Bis Oktober sollen diese als verpflichtende Fähigkeitsziele an die Bündnispartner verteilt werden. Richten würden sie sich „nach der jeweiligen Größe, Wirtschaftskraft [...] und Bevölkerungszahl – und es ist absehbar, was damit auf Deutschland zukommt.“ Im Hintergrund werde bereits über eine zusätzliche Heeresdivision gesprochen, und zwar „mit allem, was zur modernen Kriegsführung gehört - ein deutliches Mehr an bodengebundener Luftverteidigung, Sanitätswesen, Logistik und weitreichender Raketenartillerie“. Geplant waren drei Divisionen, nun solle womöglich eine vierte Division hinzukommen.⁷

Zwischen Scholz und Pistorius gibt es deutliche Differenzen, was die Wehrpflicht betrifft. Der Regierungschef hält die Bewältigung des Personalproblems der Bundeswehr für eine „überschaubare“ Aufgabe, wie er bei einer Pressekonzferenz Ende Mai 2024 - ausgerechnet in Schweden, das für Pistorius eine Art Vorbild in Sachen Re-Aktivierung der Wehrpflicht darstellt - wissen ließ. Eine Rückkehr der Wehrpflicht sei zum Zweck der Personalgewinnung aus Scholz' Perspektive nicht realisierbar, deshalb werde sie auch nicht erwogen. Eine „Stockholmer Blutgrätsche“ sei das gewesen, mit der Scholz seinen Verteidigungsminister „in Fragen der Wehrpflicht ausgebremst“ habe, analysiert der Politikwissenschaftler Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität München.⁸

Olaf Scholz erntete daraufhin einiges an Kritik, denn seine „Gelassenheit“ bezüglich der Rekrutierungsaufgabe stößt in der Berichterstattung auf Unverständnis. Im Spiegel wird polemisch verkündet: „Ein paar mehr Anreize“ plus „ein bisschen Kreativität im Stellenplan“, das „rechne man im Kanzleramt lässig vor“, sollen die Personallücke mit Freiwilligen schließen können. Pistorius hingegen deutete „den Personalmangel als mittelfristiges Sicherheitsrisiko. Für ihn sei nicht die Zahl von 20.000 maßgeblich.“⁹

In einem vertraulichen Papier aus seinem Haus rechne man vor, dass die NATO-Planung „absehbar“ eine Erhöhung des deutschen Personalziels von bisher 203.000 auf „tendenzi-

ell deutlich über 272.000 Soldaten erfordere“. Die Forderung des NATO-Bündnisses nach zusätzlichen Korps- und Divisionstruppen sowie Brigaden samt Unterstützungskräften bedeute für die Bundeswehr einen zusätzlichen Bedarf von rund 75.000 Soldatinnen und Soldaten“, bisher wurden die NATO-Pläne noch geheim gehalten. Für Pistorius, der im Artikel (wie so oft) tugendhaft dargestellt wird, ergebe sich die Frage, wie sich die fehlenden Soldat*innen rekrutieren lassen können.¹⁰ Die angestrebte Personalzielgröße liegt nach wie vor bei 203.000, diese Größe muss erst einmal erreicht werden. Womöglich liegen die eigentlichen Erfordernisse jedoch deutlich höher, bisher sind zwar Zahlen aus vertraulichen Dokumenten enthüllt, diese aber noch nicht öffentlich bestätigt worden; wie beschrieben kursierte im BI die Zahl von 250.000, im Spiegel sogar von mehr als 272.000 als neues deutsches Personalziel für die Bundeswehr. Doch selbst wenn diese Zahlen über den Ausbau der Reserve erreicht werden sollen, steht die Bundeswehr weiter vor immensen Rekrutierungsproblemen.

1.2 Gescheiterte Bundeswehr-(An)Werbung?

Trotz einer Erhöhung der Finanzmittel für Rekrutierungskampagnen von 35 Millionen im Jahr 2023 auf 58 Millionen Euro im Jahr 2024 fehlen der Bundeswehr Freiwillig Wehrdienstleistende und Soldat*innen, allen voran jedoch Fachpersonal. Für ihre Rekrutierungskampagnen nutzt die Bundeswehr verschiedenste Kanäle der sozialen Medien, YouTube-Serien, Snapchat-Filter und Multimedia-Kampagnen von Plakaten bis hin zu Pizzakartons. Vertreten ist die Bundeswehr außerdem auf verschiedenen Messen vom Tag der Bundeswehr über die Gamescom bis zu Berufs- und Bildungsmessen. All die Bemühungen scheinen jedoch nicht so ganz dabei geholfen zu haben, den schlechten Ruf als Arbeitgeber aufzupolieren.

Die kostspieligen Rekrutierungskampagnen, Schulbesuche von Offizieren und andere Werbemaßnahmen helfen der Bundeswehr auch nicht dabei, ihre Ausbildung „besser“ zu machen. Durchaus nachvollziehbar ist, dass viele Anwärter*innen durch die medial stark überzeichnete Darstellung der Bundeswehr mit der Inszenierung eines vermeintlich aufregenden und gleichzeitig normalen Berufsalltags eine falsche Vorstellung vom Freiwilligen Wehrdienst und Soldat*innen-Beruf beim Arbeitgeber Bundeswehr entwickeln. Die Bundeswehr gibt sich in ihren Kampagnen fälschlicherweise besonders offen, feministisch, divers, familienfreundlich, sportbegeistert, abenteuerlustig und progressiv – rundum präsentiert sie sich als attraktiver Arbeitgeber, was sie jedoch nicht ist.¹¹ Vielmehr verschleiert sie so die tiefgreifenden Probleme in den Strukturen der Bundeswehr, die im Wehrbericht der Wehrbeauftragten alljährlich nachgelesen werden können. Sie reichen von rechten Strukturen über „Munitions- und Waffenverluste“ bzw. -schwund bis hin zu sexualisierter Gewalt in Form von Belästigung und Missbrauch. Dokumentiert sind besonders viele Vorfälle gegenüber Minderjährigen und Frauen. Außerdem seien Machtmissbrauch und Beleidigung sowie überzogene Härte in der Ausbildung durchaus gängige Praktiken von Vorgesetzten.¹² Details oder Statistiken über die Vorfälle werden äußerst

Das GIDS (German Institut for Defence and Strategic Studies) zur Wehrpflicht-Debatte

Die bundeswehreigene Denkfabrik veröffentlichte im April 2024 ein wissenschaftlich anmutendes Statement für die Wehrpflicht. „Mehr Pflicht: Die Bedeutung der Wehrpflicht für eine aufwuchsfähige und durchhaltefähige Bundeswehr“, heißt es. Hervorgehoben wird darin, dass einer Wehrpflicht „eine doppelte Rolle“ zukomme. Diese müsse einerseits eine im sogenannten „Spannungs- und Verteidigungsfall“ „zeitgerechte Wiederaufwuchsfähigkeit als System der verpflichtenden Einberufung zum Wehrdienst“ leisten. Andererseits bleibe sie „das Mittel der Wahl, sollten auch alle zukünftigen Bemühungen scheitern, ausreichendes und geeignetes Personal für die Streitkräfte auf freiwilliger Basis zu rekrutieren“. Die Wehrpflicht ist für den Autor strategisches Rekrutierungswerkzeug und Kriegsvorbereitung. Als Schwierigkeiten praktischer Art nennt er

„unvertretbare Kosten, die Diskrepanz zwischen Ausbildungs- und anschließend verbleibender Restdienstzeit, zu komplexe Waffensysteme oder fehlende Infrastruktur“, diese sollten der „Wiederaufwuchsfähigkeit“ der deutschen Bundeswehr nicht im Wege stehen. Auch zur Einberufung der Reserve als Personalersatz fehlten jegliche auf ihre Aktivierung ausgerichteten organisatorischen Wehrstrukturen. Ein Wehrsystem beinhalte Datenhaltung, Musterung, Ermittlung, es solle die Erfassung, den Datenabgleich mit den Meldebehörden und die Ausbildung neuen Personals „bereits in sich tragen“. Denn „Ganzheitlich gedacht“ sichere eine Wehrpflicht die „Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr“ und stelle somit einen Beitrag zur „glaubwürdigen Abschreckung“ dar. Dieses „reaktionsfähiges

System“ ermögliche zur „zeitgerechten politischen und militärpolitischen Entscheidungsfindung“ auch „Alarmierungs- und Aufwuchsfähigkeit“. Mit einem Verweis auf das Weißbuch 1971/72 sei „Mobilmachung auf notwendiger Wehrpflichtbasis“ probates Mittel „zur Beherrschung einer Krise durch lageangepasstes und flexibles Anwachsen des Streitkräfteumfangs“.

Quelle: Johannes Mühle: Mehr Pflicht. Die Bedeutung der Wehrpflicht für eine aufwuchs- und durchhaltefähige Bundeswehr. GIDS Statement 2 / 2024, Hamburg.



spärlich dokumentiert, in den vom BMVg veröffentlichten Wehrberichten werden nur Beispiele aufgeführt. Außerdem unbekannt ist wie viele der Soldat*innen in der Bundeswehr Anhänger*innen oder Mitglieder der AfD oder anderer rechter und rechtsextremer Parteien sind. Klar ist jedoch, dass viele ehemalige Berufs- und Zeitsoldat*innen bei der AfD aktiv sind.

Neben der vermeintlich ungenügenden materiellen Ausstattung der Kasernen und Streitkräfte gebe es bei der Bundeswehr noch gravierendere Probleme. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der hohen Abbrecherquote von Wehrdienstleistenden oder Auszubildenden bei der Bundeswehr, im Jahr 2023 waren es 21 %, die ihren Dienst abbrachen. Besonders hoch ist die Abbrecherquote bei den Minderjährigen, die mit 17 Jahren den Freiwilligen Wehrdienst bzw. ihre Ausbildung als Berufs- oder Zeitsoldat*innen bei der Bundeswehr beginnen, von ihnen brachen im Jahr 2023 27 % vorzeitig ab.¹³ Trotz der höheren Abbrecherquote und massiver Kritik von Seiten der Bildungsgewerkschaft GEW sowie vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und amtierender Politiker*innen wurde diese Praxis der Einstellung von Minderjährigen in die Bundeswehr von Seiten der Regierung bisher nicht gestoppt.¹⁴

Negativ auffällig sei zudem, dass den Soldat*innen zu viel in Form von Mehrarbeit zugemutet werde. Die Rede ist von Überstunden, die sich auf mehrere Wochen aufsummieren lassen. Aber auch schon nach den ersten sechs Monaten ihrer Ausbildung würden viele wieder hin-

schmeißen. Es sei zwar gut, „die Bundeswehr attraktiv darzustellen“, aber es solle schon „ein realistisches Bild sein. Wenn die Frauen und Männer, die dann zur Truppe kommen, etwas ganz anderes vor Ort vorfinden, dann hilft das nicht“, so die Wehrbeauftragte Eva Högl gegenüber der [Tagesschau](#) 2023. Als Grund für die hohen Abbrecherzahlen nennt Högl falsche Vorstellungen, die sich bei den jungen Menschen entwickelten, weil die „Internetvideos [fälschlicherweise] einen besonders aufregenden Alltag bei der Bundeswehr“ zeigten. Es komme aber „weniger auf bunte Plakate und YouTube-Filme an“, sagt die Wehrbeauftragte über die Werbestrategie der Bundeswehr, die genau auf solche bunten Bilder und Filme setzt; es komme mehr auf die Soldat*innen selbst an, die ihren Bekannten ein viel „realistischeres Bild“ der Bundeswehr vermitteln könnten.¹⁵ Und das trotz der bekannten Probleme in der Bundeswehr? Was für ein Bild diese Soldat*innen von ihrem Berufs-Alltag an ihre Freundinnen und Freunde oder über private Social Media Accounts nach außen präsentieren, bleibt fraglich. Angesprochen werden womöglich gerade ‚die falschen‘ Kandidaten, was in Anbetracht der rechten Strukturen in der Bundeswehr äußerst problematisch ist. Die neuen „Soziale Medien Richtlinien“ der Bundeswehr fordern Soldat*innen sogar explizit dazu auf, auf den eigenen Accounts als Bundeswehr Influencer Werbung zu machen.¹⁶

Wie die Soldat*innen werben sollen, darauf geht Högl nicht weiter ein, stattdessen äußert sie sich realitätsfremd

optimistisch über „die wichtigsten Faktoren für eine attraktive Bundeswehr“, diese seien „die Vereinbarkeit von Familie und Dienst, Vorgesetzte, die einen modernen Führungsstil leben, die persönliche Ausrüstung und Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten, gute Karrierechancen, Kasernen, die in einem modernen und ordentlichen Zustand sind und nicht zuletzt auch funktionierendes WLAN“.¹⁷ Diese ‚Attraktivitätsfaktoren‘ stehen im völligen Kontrast zu dem in ihrem Bericht dargelegten Ist-Zustand und trotz des seit 2017 bestehenden Reformprogramms hat sich in den letzten Jahren wenig bis nichts getan.

Mit dem aktuellen Jugendmagazin der Bundeswehr „BE Strong“ inszeniert sich die Bundeswehr gegenüber einer jungen Zielgruppe von Schüler*innen und Berufseinsteiger*innen einfach als ein ganz „normaler“ Arbeitgeber mit vielfältigen Ausbildungsangeboten und Karrierechancen für junge Menschen, gezeigt werden junge Frauen und Männer bei ihrer Arbeit bei der Bundeswehr.¹⁸ Auf diese Strategie scheinen sie jetzt verstärkt zu setzen. Auch die neue TikTok-Kampagne „Explorer“ zur neuen Serie, in der vier Influencer*innen einen Roadtrip durch die Abteilungen der Bundeswehr machen und damit für die Bundeswehr werben.

Was nicht gezeigt wird ist der tatsächliche Soldat*innen-Beruf, wie er wirklich ist, eine Vorbereitung für den Krieg, den Umgang mit schweren Waffen, das Töten und getötet werden. Und das unter der Prämisse eines bedingungslosen Gehorsams gegenüber militärischen Autoritäten und machtpolitischen Interessen. Die bisherigen Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr für den Freiwilligen Wehrdienst lassen sich schwerlich optimieren. Die Bundeswehrwerbekampagnen der letzten Jahre - von zynisch-plumpen Werbeplakaten und geschichtsvergessenen Slogans wie „was zählt, wenn wir wieder Stärke zeigen müssen“ oder „Gas, Wasser, Schießen“ bis hin zur romantischen Verklärung des Soldat*innen-Berufs durch YouTube-Serien und Social-Media-Präsenz nach dem Motto „Helden in Grün“ - sind einfach nur daneben. Ein „realistischeres Bild“ der Bundeswehr zu zeichnen, wie die Wehrbeauftragte Eva Högl es forderte, hat bisher nicht und dürfte wohl kaum zukünftig nicht dazu beitragen, den Soldat*innen-Beruf oder die Bundeswehr ‚attraktiver‘ zu machen und so mehr Soldat*innen freiwillig zu gewinnen.

2. Das Comeback der Wehrpflicht?

Die Bundeswehr finde nicht genügend Soldat*innen für ihre Streitkräfte und somit könne sie die Erfordernisse zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht erreichen. Dieses Problem wird von der SPD durch Boris Pistorius und Eva Högl bis zur CDU, von Welt bis Zeit und bis zum Bundeswehr-Thinktank GIDS als Argument für die Legitimierung der Wehrpflicht zum Ausbau der Bundeswehr-Streitkräfte eingebracht. Mithilfe der Wehrpflicht solle, so die gängigen Behauptungen, die Personallücke „einfach“ geschlossen werden und ein Beitrag wahlweise zur Abschreckung oder zeitgemäßen Verteidigung geleistet werden.

Boris Pistorius kündigte in diesem Frühjahr an, dass er Anfang Juni einen Vorschlag für „ein Wehrdienstmodell

neuer Art“ vorlegen werde. Er besuchte zwischenzeitlich Skandinavien und nutzte die Reise für seine Wehrpflicht-Werbung, weil das schwedische oder norwegische Modell, beide sehen eine Wehrpflicht für Frauen und Männer vor, die de facto jedoch nur eine Musterungspflicht ist, solange sich genügend Freiwillige finden, häufig zu Argumentations- und Inspirationszwecken für einen neuen Wehrpflichtdienst angebracht wird.¹⁹ In der Ampel-Koalition tut sich Bundeskanzler Olaf Scholz, aber auch der „linke“ Flügel der SPD, die Grünen sowie die marktliberale FDP schwer mit der Vorstellung einer Wehrpflicht, die Reaktivierung der „alten Wehrpflicht“ wird ausgeschlossen. Sie wollen stattdessen auf Freiwilligkeit und stärkere Anreize für Wehrdienstleistende setzen. Die Oppositionspartei CDU hat indes die Wehrpflicht im Sinne einer allgemeinen Dienstpflicht in ihr neues Grundsatzprogramm aufgenommen. Aber auch Lars Klingbeil, Parteivorsitzender der SPD, zeigte sich offen für die Diskussion um soziale und militärische Pflichtdienste; damit steht er Eva Högl und Pistorius‘ Positionen nahe, die sich mittlerweile auch öffentlich für eine allgemeine Dienstpflicht für alle ausgesprochen haben.²⁰

Auf einer Leitungsklausur des Bundesverteidigungsministeriums in Osnabrück bekam Pistorius erste Konzepte vorgelegt. Ein BMVg-internes Referat, das zuständig für Strategie und Grundlagen der Verteidigungspolitik ist, hat drei Modelle für den Wehrdienst ausgearbeitet. Thorsten Jungholdt veröffentlichte die drei zur Auswahl stehenden Optionen für das neue Wehrdienstmodell Mitte Mai 2024 in der Welt am Sonntag unter dem Stichwort „Personal-krise der Bundeswehr“. Diese veranschaulichen, wie der Wehrdienst optimiert bzw. die Wehrpflicht wieder aktiviert und ausgeweitet werden könnte.²¹

2.1 „Optimierung“ des Freiwilligen Wehrdienstes

Das erste Modell beinhalte die „Optimierung“ des „Status quo“, es sei der vorsichtigste aller drei Vorschläge, denn es sei keine Wehrpflicht vorgesehen. Es handle sich dabei um den Versuch, die Möglichkeiten des freiwilligen Wehrdienstes besser auszuschöpfen. Alle deutschen Staatsbürger*innen sollen „mit Erreichen des 18. Lebensjahrs“ erfasst werden und Infomaterial der Bundeswehr zugeschickt bekommen. Freiwillig sollen sie zudem einen Online-Fragebogen ausfüllen können, der eine Selbsteinschätzung bezüglich „physische[r] Fitness“ und „psychischer Gesundheit“ verlangt und darüber hinaus „die persönliche Einstellung“ zur Bundeswehr wie „die Motivation zum Wehrdienst“ feststellt.

Bei bestehendem Interesse folgten dann ein „Beratungsgespräch und eine Potenzialanalyse“. Der Vorteil dieses Konstrukts bestehe darin, dass gesetzlich nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen werden müssten.

Es bräuchte jedoch eine neue Wehrrfassungs-Organisation, welche die Fragebögen erstellt, auswertet, Daten speichert und anschließend die Musterungen durchführt. Daraus ergebe sich ein zeitlicher, personeller und finanzieller Aufwand, der ausschließlich an die Hoffnung geknüpft

sei, dass sich durch „frühzeitige Kontaktaufnahme“ mit einem ganzen „rund 750.000“ junge Bürger*innen umfassenden Jahrgang mehr Freiwillige auf den Wehrdienst einlassen würden und für längere Zeit bei der Bundeswehr verpflichteten. Bereits bei Vorstellung der Modelle wird geäußert, dass die „Hoffnung [...] nicht sehr groß“ sei, mit dem ersten Modell genug Bewerber*innen zu finden, die den Bedarf (40.000 Rekrut*innen pro Jahr) der Bundeswehr decken könnten.²²

2.2 „Grundgesetzkonforme Auswahlwehrrpflicht“

Das zweite Modell wird vom BMVg als „grundgesetzkonforme Auswahlwehrrpflicht“ bezeichnet. Dieses beinhaltet eine Wehrrpflicht für Männer, während Frauen weiterhin freiwillig angeschrieben werden können. Der im ersten Modell noch freiwillige „Online-Fragebogen und die Musterung“ solle „für Männer verpflichtend“ werden; dies solle „im Sinne der Wehrrgerechtigkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz von einem umfassenden Anreizmodell flankiert werden“. Argumentiert wird im zuständigen Referat folgendermaßen: „Gegenüber unseren Partnern in Europa, systemischen Rivalen sowie im Bündnis ist die Reaktivierung als Auswahlwehrrpflicht ein starkes politisches Signal.“ Es sei aus personeller Hinsicht geeignet, um den Bedarf zu decken und die Lücken zu schließen; außerdem müsste das Grundgesetz nicht geändert werden, solange man nur Männer verpflichtet. Eine Anpassung des Wehrrpflichtgesetzes genüge, denn „die Entscheidung zwischen einer Wehrrpflicht- und einer Freiwilligenarmee sei grundsätzlich vom Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers gedeckt“. Die aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Lage mit dem Ukraine-Krieg in Europa mache die „einfachgesetzliche Wiederbelebung der Wehrrpflicht grundsätzlich jederzeit und auch kurzfristig möglich“. Zwar müsse der Gesetzgeber die Grundrechte der betroffenen jungen Männer mit dem Verfassungsauftrag von „funktionstüchtigen Streitkräften“ prüfen, doch eine Auswahl von Wehrrpflichtigen nach dem Bedarf der Streitkräfte sei mit „sachgerechten Kriterien und einem Lastenausgleich in Form bestimmter Vorteile oder Vergünstigungen rechtlich umsetzbar“.

Gesellschaftspolitisch gebe es noch Hürden, genannt wird zum einen die skeptische Haltung gegenüber der Wehrrpflicht in der jüngeren Generation, und auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften teilten diese Haltung.

Die Wehrrgerechtigkeit wird als „Kernfrage“ im politischen Diskurs eingestuft, welche den ersatzmäßigen Zivildienst wieder aufbringe, der einer Reaktivierung der Wehrrpflicht „zwangsläufig“ folgen müsste. Angesprochen werden in diesem Kontext schließlich auch die Kosten, welche ein Ausbau der Wehrrverwaltung nach sich ziehe: „Mehrere Tausend Dienstposten an bundesweit 40 Standorten“ müssten geschaffen werden, zusätzlich zu neuer Infrastruktur und Ausrüstung für die Wehrrdienstleistenden, heißt es im Konzept des Bundesverteidigungsministeriums laut Welt-Bericht.²³

2.3 „Geschlechtsneutrale Wehrrpflicht“ und „allgemeine Dienstpflicht“

Das dritte erwogene Modell beinhaltet die „geschlechtsneutrale Wehrrpflicht“ und „allgemeine Dienstpflicht“. Dabei würde die zweite Option um „Geschlechtsneutralität“ erweitert. Alle Männer und Frauen ab 18 Jahren wären gezwungen den Online-Fragebogen der Bundeswehr auszufüllen, Ausgewählte müssten dann zur Musterung antreten.

Die Modell-Planer*innen nehmen ganz optimistisch an, dass sich in einem Ganzen, zur staatlichen Verfügung stehenden Jahrgang „im Wesentlichen“ mehr „Freiwillige“ als benötigt finden würden. Und ausgehend von dieser dritten Option könne dann „die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht diskutiert werden“, welche im Sinne der Wehrrgerechtigkeit für eine „gleichmäßige Belastung“ Sorge.

Im „Sinne der Gesamtverteidigung“ ginge es nicht nur um den Wehrrdienst, sondern auch um Dienste bei Feuerwehr, Sanitätern oder dem Technischen Hilfswerk. Von diesem Modell der allgemeinen, geschlechtsneutralen Wehrr- und Dienstpflicht erhofften sich die Ministerialen scheinbar am meisten, vor allem den bestehenden Bedarf zu decken. Weil eine „umfassende Betroffenheit erzeugt“ werde, rücke „der Dienst in den Streitkräften“ gesamtgesellschaftlich in den Brennpunkt.

Betont wird, dass eine „umfassende Änderung von Gesetzesgrundlagen zur Schaffung einer zwangsweisen Musterung und Einberufung“ inklusive Verfassungsänderung zur Umsetzung der Geschlechtsneutralität notwendig wäre. Erforderlich wären zur Umsetzung dieses dritten Modells weitere Dienstposten in der Wehrrverwaltung, von der Erfassung über die Durchführung der Musterung bis hin zur Überwachung, welche „eine nochmals andere Dimension“ annehmen dürften.

Zum Abschluss wird erörtert, dass die geschlechtsneutrale allgemeine Dienstpflicht zwar gegenüber dem zweiten Modell keinen militärstrategischen Mehrwert bringe, aber als „gesamtgesellschaftlich zeitgemäß und durchaus vermittelbar“ angesehen werde.

Der Bundesverteidigungsminister Pistorius sei mit den gelieferten Modellen noch nicht ganz zufrieden, die Entwürfe würden vor seiner Entscheidung nochmal überarbeitet. Angemerkt wird von der Welt-Redaktion außerdem, dass die Zielmarke von 203.000 Soldat*innen in der Zeit vor dem Ukraine-Krieg gebildet wurde und nicht die jüngsten Fähigkeitsziele der NATO abbilde.

Über die Kosten, angeblich viele Milliarden Euro, wird nur gemutmaßt; als „maximal schwammig“ kritisierte die Welt die Entwürfe. Laut Einschätzungen ihrer Redaktion müsse sich Pistorius auf eine politische Debatte einstellen, um neben der Unterstützung der CDU auch noch die Koalition und vor allem den Bundeskanzler zu überzeugen.²⁴

2.4 Schweden als Vorbild: Allgemeine Dienstpflicht

Schweden hat die Wehrpflicht 2017 reaktiviert und auch auf Frauen als Zielgruppe ausgeweitet, die Gesetzesänderung war jedoch schon anders als in Deutschland beim Aussetzen geändert und geschlechtsneutral angepasst worden. Alle Bürger*innen eines Jahrgangs werden mithilfe von Fragebögen kontaktiert und gegebenenfalls zur Musterung eingeladen und einberufen. Die Rekrutierungszahlen richten sich nach der Zielgröße der Streitkräfte; aus dieser wird die Anzahl für die Grundausbildung pro Jahr errechnet. Berücksichtigt werden auch Ausfälle oder Berufungen. Die Zahl bestimmt der Oberbefehlshaber.

Ausgewählt wird aus einem kompletten Jahrgang von rund 100.000 Personen, laut Gesetz sind alle 18-jährigen schwedischen Staatsbürger*innen verpflichtet sich prüfen zu lassen. Dazu beantworten sie in einem Fragebogen 40 Fragen zu Gesundheit, dem körperlichen Zustand, zur Schule, zur Persönlichkeit und zu Straftaten. Am Ende wird die Motivation abgefragt. Dieser Befragung liegt dann die anschließende Auswahl zur zweitägigen Musterung zugrunde, der sich ca. 30.000 Bürger*innen unterziehen müssen. Von diesen werden dann 8.000 für die Grundausbildung bzw. den Wehrdienst ausgewählt. Die Fragebögen werden aber nicht nur als Grundlage für die Musterung verwendet. Die Daten werden gespeichert, um im Kriegsfall Aufgaben der Gesamtverteidigung zuzuweisen. In Schweden kann beobachtet werden, dass die Anzahl der Wehrdienstleistenden gestiegen ist, die Anzahl derjenigen, die bereit sind, sich über die Grundausbildung hinaus in den Mannschaften zu verpflichten, jedoch mit der Wehrpflicht gesunken ist. Die Leistungsprofile der über das Pflichtsystem Ausgewählten seien „besser“ als die der Freiwilligen, ein größerer Teil erfülle die Anforderungen für eine Offiziersausbildung. Das größte Interesse bestehe gegenüber denjenigen Dienstposten mit hohen Anforderungen. Ein Problem ist, dass das Pflichtsystem Männer begünstige, da sie sich selbst höher einschätzten als die meisten Frauen, wobei die besten persönlichen Eigenschaften schon mit der Motivation für den Wehrdienst verknüpft sind.²⁵

3. Pistorius' „Neuer Wehrdienst“: Prolog der Wehrpflicht?

Seinen anfänglichen Behauptungen bezüglich der Wehrpflicht und der allgemeinen Erwartung zuwider hat Boris Pistorius seinem Parteipräsidium am 27. Mai zuerst ein freiwilliges Wehrdienstmodell vorgestellt, worüber zuerst der Spiegel berichtete.²⁶ Ein verpflichtendes Modell lehnte der Verteidigungsminister zu diesem Zeitpunkt noch ab. Sein erster Vorschlag kam dem ersten Wehrdienst-Konzept am nächsten, denn neben Freiwilligkeit werde vor allem auf zusätzliche Anreize wie einen „kostenlosen Führerschein“, „Sprachkurse“, „erleichterter Zugang zu bestimmten Studienfächern“ oder „Vergünstigungen bei der Rückzahlung von Studienkrediten“ gesetzt. Junge Menschen sollen angeschrieben werden und auf freiwilliger Basis persönliche Angaben und solche „zum Gesundheitszustand“ in einem Fragebogen machen, der dann die Basis für die Musterung

bildet. Die Einführung des neuen Modells ziehe die Einrichtung eines neuen Wehrrfassungssystems nach sich, mit welchem die Motivation, „Tauglichkeit“ und Fähigkeiten junger Menschen erfasst und gespeichert werden.²⁷ Daraufhin war die Bestürzung bei den Wehrpflicht-Befürwortern groß darüber, dass der Bundesverteidigungsminister keine neue Wehrpflicht vorgestellt hat, sondern „nur“ auf Freiwilligkeit setze.

Die Positionen, auf deren Grundlage momentan aus bundeswehrrahmen Kreisen für die Wehrpflicht argumentiert wird, sind folgende: Der Auftrag der Bundeswehr sei die zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung. Weil eine akute Bedrohung von Seiten Russlands auf das NATO-Gebiet bestehe, wird im Verteidigungsministerium davon ausgegangen, dass Russland in 5 bis 8 Jahren trotz der aktuellen Verluste im Ukraine-Krieg dazu in der Lage sei, NATO-Gebiet anzugreifen. Daher müsse man auf Abschreckung setzen und die Verteidigung besser aufstellen. Die Bundeswehr mitsamt dazugehöriger Infrastruktur solle besser ausgestattet werden, die Streitkräfte für den Verteidigungsfall aufgestellt werden. Außerdem brauche es eine „nachhaltig anwachsende Reserve“ (also mehr aktive Soldat*innen, aus denen nach dem aktiven Dienst Reservist*innen werden), die „einsatzbereit“ ist und dafür sorgt, dass die Bundeswehr schnell „(wieder-)aufwuchsfähig“ ist. Zur Erfüllung der Vorgaben und Ziele reiche der freiwillige Wehrdienst nicht mehr aus. Über den Wehrdienst sollen mehr junge Menschen eine Grundausbildung absolvieren und dazu motiviert werden, als Zeitsoldat*innen oder Berufssoldat*innen in der Bundeswehr zu bleiben, sich dort weiterzubilden und/oder als Reservist*innen an den regelmäßigen Übungen teilzunehmen.²⁸

Das neue Modell, welches Verteidigungsminister Boris Pistorius am 12. Juni 2024 im Verteidigungsausschuss und anschließend bei der Bundespressekonferenz vorgestellt hat, setzt nun nicht mehr ausschließlich auf Freiwilligkeit; neu ist ein verpflichtendes Element – der Fragebogen. Pistorius „Neuer Wehrdienst“, der oft als ‚Wehrpflicht light‘ bezeichnet wird, beinhaltet für alle 18-jährigen Männer die Pflicht personenbezogene Daten in einem Fragebogen anzugeben und der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen.²⁹

3.1 Die wichtigsten Zahlen zum „Neuen Wehrdienst“

Alle 18-jährigen Männern und Frauen eines Jahrgangs im sogenannten „wehrdienstfähigen Alter“ sollen von der Bundeswehr angeschrieben werden. Die etwa 400.000 jungen Männer wären zu einer Antwort verpflichtet, während dies für die Frauen freiwillig bliebe. Es drohe womöglich eine Strafe in Form eines Bußgeldes für diejenigen Männer, die den Fragebogen nicht zurücksenden, heißt es aus dem BMVg. „In dem Fragebogen soll es unter anderem darum gehen, ob man sich den Dienst an der Waffe grundsätzlich vorstellen kann.“ Pistorius rechne nach eigenen Angaben damit, dass 100.000 der angeschriebenen Männer dazu bereit wären.³⁰

Auf Grundlage der Fragebögen sollen rund 40.000 Personen eines Jahrgangs ausgewählt und zur Musterung einge-

laden werden. Der Idee nach sollen sie selbst entscheiden können, ob sie den Wehrdienst ableisten. Pistorius erwartet, dass so ab 2025 zusätzlich zu den aktuell rund 10.000 freiwillig Wehrdienstleistenden bis zu 5.000 weitere Wehrdienstleistende ausgebildet werden können. Langfristig sollen noch weitere Kapazitäten geschaffen werden, die Zahl der Wehrdienstleistenden soll steigen. „Als limitierenden Faktor sieht Pistorius derzeit noch die Infrastruktur: Schließlich müssen die Neuzugänge alle untergebracht, ausgestattet und ausgebildet werden. Die Kosten für die ersten 5.000 neuen Wehrdienstleistenden schätzt er auf rund 1,4 Milliarden Euro“.³¹

Das bisherige Modell des Freiwilligen Wehrdienstes wird in das Modell „Neuer Wehrdienst“ überführt. Der Grundwehrdienst soll sechs Monate umfassen, freiwillig könne der Wehrdienst auf bis zu 23 Monate verlängert werden. Erwartet wird, dass sich viele junge Frauen und Männer freiwillig melden. Für diejenigen, die den Wehrdienst über die 6 Monate hinaus leisten wollen, bietet die Bundeswehr Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Für die Bündnisverteidigung werde ein Verteidigungsumfang von rund 460.000 Soldat*innen benötigt, davon 200.000 aktive stehende Streitkräfte und 260.000 Reserve. Ein großer Teil müsse schnell aus den Reserven aufwachsen können.³² Durch den Neuen Wehrdienst sollen 100.000 neue Reservist*innen generiert werden. Pistorius plant, dass 60.000 Reservist*innen aus den ausscheidenden Zeitsoldat*innen geschöpft werden können und 100.000 weitere sich freiwillig aus dem Pool der Ehemaligen unter 65-jährigen (ca. 800.000) finden lassen.

3.2 Direkte Kritik am neuen Wehrdienstmodell

„Während die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Eva Högl (SPD) Pistorius' Vorschlag begrüßte, kritisierte der frühere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) das Modell. Es müsse verlässlich Personal für die Bundeswehr gewonnen werden, sagte er dem WDR. Das werde nicht mit einem Fragebogen funktionieren. Er fordert, alle jungen Männer zu mustern und sie dann freiwillig entscheiden zu lassen, ob sie einen Wehrdienst machen. Doch dafür fehle der Bundeswehr im Moment die Infrastruktur“, berichtete der [rbb](#).

Der CDU/CSU-Fraktionsvize Johann Wadepful hingegen sei „für einen Pflichtdienst von einem Jahr für alle jungen Männer und Frauen [...] sei es bei der Bundeswehr oder bei anderen Hilfsorganisationen“, das hatte er im Morgenmagazin von ARD und ZDF erklärt.³³

3.3 Gesetzliche Grundlage

Die Umsetzung der Wehrdienstpläne benötigt die Neuaktivierung der Wehrerfassung und Wehrüberwachung, die es bis dato nicht mehr gab. In Zusammenarbeit mit den Meldeämtern wurde bisher das Infomaterial der Bundeswehr an potenzielle Wehrdienstleistende gesendet. Dieses Vorgehen ist gesetzlich geregelt: Die kommunalen Meldeämter sind verpflichtet „ausgewählte persönliche Daten zu

den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft [...], die im nächsten Jahr volljährig werden“ an die Bundeswehr zu übermitteln.³⁴ Auf dieser Grundlage kann nun auch das Informationsmaterial zum Fragebogen für den „Neuen Wehrdienst“ versendet werden. Die im Fragebogen getätigten persönlichen Angaben sollen nach der Erfassung gespeichert und ausgewertet werden. Auf dieser Grundlage kann abhängig von Motivation, Fähigkeiten, Eignung und je nach Bedarf der Bundeswehr zur Musterung geladen werden.³⁵

Inwiefern die umstrittenen Kriterien der „Wehrgerechtigkeit“ in Zukunft erfüllt werden, ist bisher unklar, vermutlich wird sich darauf berufen, dass der Anteil an Freiwilligkeit noch recht hoch ist. Gesetzlich geändert werden müssen für das aktuelle Vorhaben das „Wehrpflichtgesetz“ und das „Soldatengesetz“, dies wären im Gegensatz zu einer Grundgesetzänderung (Wehrpflicht für Frauen) nur einfachgesetzliche Maßnahmen. In dieser Legislaturperiode wird der Bundesverteidigungsminister allem Anschein nach, keine allgemeine Dienstpflicht und auch keine Wehrpflicht für Frauen einführen. Man möchte sich darauf begrenzen, dem „Neuen Wehrdienst“ die gesetzliche Grundlage zu verschaffen, sowie die für die Musterung notwendigen Strukturen und Kapazitäten in der Bundeswehr aufzubauen.

4. Kritik

Dass eine deutlich umfassendere Re-Aktivierung der Wehrpflicht nach den Bundestagswahlen 2025 erneut auf den Tisch kommt, scheint also recht wahrscheinlich. Allein deshalb schon ist es wichtig, sich mit den unterschiedlichen Kritikpunkten auseinanderzusetzen, die daran geäußert werden.

4.1 „Wehrgerechtigkeit“: Das Ende militärischer Männlichkeit?

Im öffentlichen Mediendiskurs wird derzeit viel über die Vor- und Nachteile einer „Wehrpflicht für Frauen“ bzw. einer geschlechtsneutralen Wehrpflicht diskutiert. Dabei ist besonders auffällig, dass sich gerade diejenigen in dieser Debatte gerne zu Wort melden, die sich ansonsten gar nicht für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit interessieren.

Die Stuttgarter Zeitung interviewte den CDU-Verteidigungspolitiker Markus Grübel, der die Verfassung „fit für die Zeitenwende“ machen möchte. Seiner Meinung nach sollte „das Grundgesetz [...] derart geändert werden, dass die Wehrpflicht nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gilt“. Bislang ist in Absatz vier von Artikel 12a des Grundgesetzes festgehalten, dass Frauen „zum Dienst im Lazarett oder der zivilen Verteidigung“ eingezogen werden können, aber „auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe“ - das kritisiert der CDUler. Die Rollenbilder, die in diesem Grundgesetzartikel, der die Dienstpflichten regelt, vermitelt werden, seien nicht mehr zeitgemäß: „Auch Frauen können heute ihren Beitrag leisten und als Soldatinnen helfen, Deutschland verteidigungsfähig zu machen. Das



wäre nicht nur ein Schritt hin zu mehr Wehrgerechtigkeit, sondern auch für mehr Gleichstellung“, äußerte Grübel.³⁶

Was Grübel und andere „Gleichberechtigungskämpfer“ gerne vergessen ist, dass sich Frauen schon heute freiwillig zur Soldatin bei der Bundeswehr ausbilden lassen können, um einen Beitrag zu leisten, wenn sie es wollen.

Selbstverständlich sind Schritte in Richtung geschlechtlicher Gleichberechtigung und die Abkehr von starren Rollenbildern zu befürworten, allerdings sollte dies gesamtgesellschaftlich auf allen Ebenen und nicht nur in ausgewählten Bereichen erfolgen. Im Sinne der Gleichberechtigung wäre es wichtig, Frauen und queere Menschen in verteidigungspolitische Diskussionen stärker einzubeziehen und auch den kritischen Stimmen Respekt und Gehör zu verschaffen. Häufig werden in Medienberichten Soldat*innen und Mütter interviewt, nicht aber die Kritiker*innen. Die negativen Erfahrungen, die weibliche oder queere Soldat*innen tatsächlich bei der Bundeswehr machen, interessieren die Öffentlichkeit relativ wenig. Auch fehlt es an unabhängigen empirischen Erhebungen.

In einzelnen EU- und NATO-Staaten gibt es bereits die Wehrpflicht für Frauen bzw. den Beschluss diese umzusetzen. Dänemarks Regierung will die Wehrpflicht ab 2026 für Frauen einführen; zudem soll die Grundausbildung von 4 auf 11 Monate verlängert werden.³⁷ Weitere Staaten, die bereits eine Wehrpflicht für Frauen festgesetzt haben, sind Schweden, Norwegen, Bolivien, Israel, Nordkorea, Eritrea, Sudan, Tschad und die Elfenbeinküste.³⁸

Während sich alle daran „gewöhnt“ zu haben scheinen, dass unbezahlte (und bezahlte) Erziehungs-, Sorge- und Hausarbeit weltweit vor allem auf den Schultern von Frauen lastet und ihnen Nachteile in Bezug auf Einkommen und Pensionen im Alter verschafft, sollen diese nun endlich „gleichgestellt“ unter dem Deckmantel der „Wehrgerechtigkeit“ fürs „Vaterland“ in den Krieg ziehen müssen – wenn es darauf ankommt. Wenn sie das nicht können oder

wollen, sollen sie auch einen Zivildienst ableisten müssen, das wäre dann echte „Wehrgerechtigkeit“. Gerecht wäre es vielleicht dann, wären Frauen gesellschaftlich wirklich gleichgestellt.

Informationen der Hilfsorganisation Oxfam verdeutlicht die Ausgangslage der gesellschaftlichen Stellung von Frauen in Deutschland (siehe Kasten).

Zu Bedenken ist außerdem, dass, wie erwähnt, derzeit – auf freiwilliger Basis – nur 13 Prozent der aktiven Soldat*innen in der Bundeswehr Frauen sind, während in den zivilen Bereichen 39 % tätig sind (davon überproportional viele im Sanitätsdienst). Unter den Freiwilligen Wehrdienstleistenden sind nur 5,5 % Frauen.³⁹

Ob unter Zwang mehr Frauen zu den Bundeswehr-Streitkräften gehen wollen? Die Bundeswehr kann ihre Probleme bezüglich „Geschlechtsneutralität“ nicht einfach mit einer Wehrpflicht für Frauen lösen. Sind die Infrastrukturen für die „geschlechtsneutrale“ Wehrpflicht ausgelegt? Wie gelingt „Gleichstellung“ in der Musterung? Wie wird mit Hierarchien, Autorität und Macht umgegangen, wenn die obersten Ränge der Bundeswehr doch von Männern bekleidet werden? Wie gelingt ein besserer Umgang mit (Macht-) Missbrauch und sexualisierter Gewalt? Solche Fragen sollten dringend von denen, die sich vermeintlich für „Gleichberechtigung“ einsetzen, beantwortet werden.

Eine Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat erhoben, wie attraktiv junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren im Zeitraum von 2015 bis 2023 die Bundeswehr als Arbeitgeber wahrnehmen. In dieser Umfrage tritt deutlich hervor, dass seit dem Jahr 2016 junge Frauen die Bundeswehr zunehmend unattraktiv finden. Junge Männer finden die Bundeswehr zwar etwas attraktiver, jedoch nimmt auch unter ihnen die Wahrnehmung der Attraktivität seit

Frauen fehlten die Vorbilder, so argumentieren

Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in Deutschland

- o Gender Pay Gap: Frauen erhalten für ihre bezahlte Arbeit 21 % niedrigere Bruttostundenlöhne als Männer.
- o Gender Lifetime Earnings Gap: Im Verlauf ihres Lebens erreichen Frauen 49 % weniger Gesamterwerbseinkommen.
- o Gender Pension Gap: Die Renten von Frauen liegen um 53 % niedriger als die von Männern.
- o Gender Care Gap: Frauen leisten um 52 % mehr unbezahlte Fürsorgearbeit als Männer.

Quelle: *oxfam*⁴⁰

Soldat*innen in Führungspositionen im Magazin des Reservistenverbands der Bundeswehr „loyal“. Mit dem Ukraine-Krieg und dem zunehmenden Fokus auf die Landes- und Bündnisverteidigung beobachten weibliche Soldat*innen einen Rückschritt in der allgemeinen Mentalität zum Thema Frauen und Gleichberechtigung. Frauen müssten mehr Leistung bringen als ihre männlichen Kollegen, um eine Beförderung zu erhalten, denn die Männer in Führungspositionen fördern eher Männer, die ihnen ähnlich sind, berichtet eine Offizierin. „Es gibt immer noch viel zu wenig Frauen in Führungspositionen“, kommentiert eine Soldatin im Dienstgrad Oberst. Scheinbar gebe es noch keine weiblichen Generäle, außer im Sanitätswesen, und auch dort nur drei, obwohl Frauen dort schon seit den 1970er Jahren aktiv sind. Das Verteidigungsministerium argumentiert, es sei „erst im Jahr 2029 damit zu rechnen, dass eine Frau in die Ränge der Generale aufsteigt“, weil erst 2001 alle Bereiche der Bundeswehr für Frauen geöffnet wurden. Aber auch in der Karrierestufe bzw. Hierarchieebene darunter gebe es erst drei Frauen mit Dienstgrad Oberst/Kapitänin zur See. Die Karrierewege sind streng geregelt, so müssen alle Offizier*innen alle zwei bis drei Jahre eine neue Verwendung antreten. Damit stehe immer ein Umzug an, man muss zeitlich und örtlich flexibel sein. Dies und die fehlende Kinderbetreuung seien ein Problem, entweder man bleibe kinderlos oder man habe Familie, die sich um die Kinder kümmere, sonst sei eine Karriere als Mutter nicht möglich. Das sei ein Grund, warum viele Frauen nach ihrer Zeit als Zeitsoldatin die Bundeswehr verlassen. „Auch hätten immer weniger Frauen Lust darauf, sich diesem Kampf gegen die Männerbünde zu stellen“, äußerte eine hochrangige Offizierin gegenüber dem Magazin. Die hauptsächlich männliche Führungsebene würde sich lieber „typisch militärischen“ Themen zuwenden wollen - „schnelle Verlegbarkeit an die Ostflanke, Kampf gegen russische Einheiten“ – und sähen das Thema „Frauenförderung“ als weniger wichtig an. Zwei interviewte hochrangige Soldatinnen haben das Gefühl,

dass viele männliche Kollegen es mit Erleichterung sehen würden, dass Themen wie „Kinderbetreuung“, „Teilzeitarbeit“ oder auch „Frauenförderung“ in den Hintergrund gedrängt wurden – und nun die „reine Kampfkraft“ wieder im Vordergrund stehe.⁴¹

Diese kurze Bestandsaufnahme soll verdeutlichen, wie wenig es den (Verteidigungs-)Politiker*innen und Bundeswehr-Generälen tatsächlich um Gleichstellung geht. Gleichstellung beginnt und endet beim Zwang, denn sonst fühlen sich die Männer diskriminiert.

Laut *Perspektive*-Autorin Olga Goldman befürworte der „liberale Feminismus“ die „Emanzipation an der Waffe“ und klammere dabei die Frage nach dem Ursprung von Gewalt aus. Ein geschlechtergerechtes Konzept für die Bundeswehr als Armee eines kapitalistischen Staates und für den Krieg zu entwickeln, sei „ein Ding der Unmöglichkeit“. Das Patriarchat institutionalisiere „geschützt und gestützt vom Kapital - Gewalt generell und Gewalt gegen Frauen“, so Goldman. „Eine Frau in der Armee der herrschenden Klasse wird nicht in der Lage sein, das patriarchale Spielfeld oder seine gewaltvollen Symptome zu verändern. Sie wird diese entweder am eigenen Leib spüren oder sich ihrer bedienen, um auch anderen Frauen zu schaden. Die militärische Einberufung von Frauen hat nichts gemein mit Feminismus. Sie ist ein weiteres Werkzeug der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Frau, wenn auch in Regenbogenfarben bemalt und als fortschrittlich inszeniert“, erklärt Goldman ihre Position.⁴² Patriarchale Strukturen lassen sich nicht durch eine aufgezwungene Wehr- oder Dienstpflicht für den Staat - egal für welches Geschlecht – reformieren. Das sollte denen klar sein, die eine „geschlechtsneutrale“ Wehrpflicht herbeiwünschen und grotesker Weise als „feministisch“ labeln.

Die hier vertretene Sichtweise richtet sich nicht speziell gegen die Wehrpflicht für Frauen, sondern gegen eine Wehrpflicht und den Pflichtdienst generell. Aufgezeigt werden sollte vielmehr das Paradoxon Feminismus⁴³ und Militarismus. Keine Frau, kein Mann und keine queere Person sollten zu irgendeinem Dienst verpflichtet werden.

4.2 Sozialverbände gegen Dienstpflicht

Die Option einer allgemeinen Dienstpflicht wurde in einem Artikel der Rheinischen Post zu einem „Dienst an der Gesellschaft“ verklärt. Dieser könne „für künftige Generationen ein wichtiger Teil in der Persönlichkeitsentwicklung werden“. Kämen wieder „mehr junge Menschen mit der Bundeswehr in Kontakt“, fänden schon einige „Gefallen an einer langfristigen Anstellung.“ Als „Weg aus der kritisierten (Fach-)Personalnot, [...] nicht nur bei der Bundeswehr“, lobt er diese Möglichkeit. Für die, die sich verweigerten, heiße es „eben Zivildienst“. Denn auch „in der Pflege, in Kitas und in Altenheimen“ würde ja „Personal dringend gesucht“. Ein Bundesfreiwilligendienst (BUFDI) oder Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) ist ohne Zwang möglich, für den Autor scheint aber eben diese autoritäre Komponente einen Unterschied zu machen: „Junge Menschen würden [...] unter Umständen unvorhergesehene, berufliche Leidenschaften entwickeln“.⁴⁴

Sozialverbände positionieren sich gegen eine mögliche Reaktivierung der Wehrpflicht in Form einer allgemeinen Dienstpflicht. Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter und „designierter“ Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, verdeutlicht die widersprüchliche Situation, in der sich der gesamte Verband befindet: „Das freiwillige soziale Engagement junger Menschen in gemeinnützigen Arbeitsfeldern ist von Haushaltskürzungen bedroht. Dazu darf es nicht kommen. Bevor über neue Pflichtdienste verhandelt wird, ist die Bundesregierung gefordert, ihrer Verantwortung für attraktive Rahmenbedingungen in den bestehenden Diensten gerecht zu werden“.⁴⁵

Die Vizepräsidentin des Bayerischen Roten Kreuz Brigitte Meyer spricht sich gegen eine „Vermischung von Dienstpflicht, Ehrenamt und sozialen Berufsfeldern“ aus. Dadurch werde „das Ansehen und die Anerkennung der Tätigkeitsfelder im sozialen und rettungsdienstlichen Bereich“ geschwächt und „die Gewinnung von Fachkräften und langfristig engagierten Ehrenamtlichen noch schwieriger“ gemacht. Sie beklagt ein fehlendes Bewusstsein dafür, „dass in diesen Tätigkeitsfeldern Expertinnen und Experten gebraucht werden – und keine Monatspraktikanten, die mal kurz ein Ehrenamt oder eine pflegerische Tätigkeit ausüben können“. Dem Vorschlag der CDU/CSU zufolge soll ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ für mindestens sechs bis sieben Monate am Stück geleistet werden. Aber schon die Einarbeitungszeit nehme etwa ein halbes Jahr in Anspruch - und auch „der Gewinn für die Freiwilligen selbst, im Sinne der Persönlichkeitsentwicklung“, werde erst nach einem halben Jahr spürbar, bekräftigt Meyer.⁴⁶

Insgesamt würde mit der Dienstpflicht ein gegenteiliger Effekt erzielt und der gesellschaftliche Stellenwert der Berufsfelder weiter geschwächt. „Während in anderen Berufsfeldern ständig von Professionalisierung die Rede ist, sollen ausgerechnet diese wichtigen Tätigkeitsfelder im Ehrenamt, im sozialen Bereich und in der Daseinsvorsorge durch Menschen unterhalb der Qualifikation einer Hilfskraft de-professionalisiert werden“, stellt Meyer fest. Sie spricht sich stattdessen für den Ausbau bestehender Strukturen aus; es könnten mehr Stellen für Freiwilligendienstleistende staatlich finanziert und die Bezahlung verbessert werden. Sie positioniert sich klar gegen eine Dienstpflicht: „Sollte es noch zu der bundespolitischen Entscheidung kommen, eine wie auch immer geartete ‚Wehrpflicht‘ wieder einzuführen, darf dies nicht zur Folge haben, dass alternativ ein ‚soziales Pflichtjahr‘ (früher: ‚Zivildienst‘) eingeführt wird.“⁴⁷

4.3 Kritik aus ökonomischer Perspektive

Nicht alle befürworten die Wehrpflicht bzw. allgemeine Dienstpflicht und auch in Politik und Wirtschaft gibt es Positionen, die der Einführung einer Wehrpflicht aus organisatorischer und ökonomischer Perspektive deutlich kritisch gegenüberstehen.

Das Münchner ifo-Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichte im Juli 2024 den Forschungsbericht „Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der

Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres“ im Auftrag des Bundesfinanzministeriums. Der [Deutschlandfunk](#) berichtete darüber, dass eine Wehrpflicht hohe gesamtwirtschaftliche Kosten verursachen würde. Von bis zu 70 Milliarden Euro Verlust ist die Rede, würde ein ganzer Jahrgang zum Allgemeinen Wehr- bzw. Pflichtdienst herangezogen. Das entspreche einem Rückgang von 1,6 % der Wirtschaftsleistung. Würden „ähnlich wie bei der früheren Wehrpflicht knapp ein Viertel eines Jahrgangs eingezogen“, dann „könnte die Wirtschaftskraft um 0,4 Prozent oder 17 Milliarden Euro“ sinken. Bei Heranziehen von 5 % eines Jahrgangs, wie das beim „Vorbild“ Schweden der Fall ist, werde (nur) ein Rückgang von 0,1 % bzw. drei Milliarden Euro erwartet. Die höheren gesamtwirtschaftlichen Kosten ergäben sich daraus, dass „junge Menschen dann erst später damit beginnen [würden], Vermögen sowie wirtschaftlich nutzbare Fähigkeiten aufzubauen“.⁴⁸ In der Pressemitteilung äußert Panu Poutvaara, der Leiter des ifo-Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung, dass es sinnvoller wäre „die Bundeswehr mit mehr Mitteln auszustatten, um sie als Arbeitgeber attraktiver zu machen, denkbar wäre, den Wehrdienstleistenden höhere Gehälter zu bezahlen“. Der Staatshaushalt würde zwar stärker belastet als mit einer Wehrpflicht, die gesamtwirtschaftlichen Kosten wären jedoch geringer und lägen weniger stark bei den Wehrpflichtigen selbst. „Bei einer Marktlösung mit höheren Gehältern müssen dagegen alle gleichermaßen die höheren Staatsausgaben finanzieren“, während die militärischen Fähigkeiten gleichermaßen ausgebaut werden könnten.⁴⁹

Aus ökonomischer Sicht befeuert die Wehrpflicht den Arbeitskräftemangel in Deutschland. „Eine Wehrpflicht stört den Matching-Mechanismus des Arbeitsmarkts“, betont der Arbeitsmarktökonom Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereichs Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Bert Rürup, ehemaliger Chef der Wirtschaftsweisen, heute Chefökonom beim „Handelsblatt“ warne ebenfalls vor „volkswirtschaftlichen Kollateralschäden“. Es gäbe „keinen ungünstigeren Zeitpunkt für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht als jetzt“, denn damit würden „die bekannten negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen des unmittelbar bevorstehenden Ausscheidens der Babyboomer-Jahrgänge aus dem Arbeitsleben deutlich verschärft“. Argumentiert wird, dass für die Wehrpflichtigen das Lebenseinkommen ebenso sinken würde wie „deren Beitrag zur Finanzierung von Staat und Sozialsystemen“. Der Druck auf nachkommende Generationen würde noch erhöht. „Politisch und ökonomisch sinnvoller“ sei laut Rürup „der Ausbau der deutschen Berufsarmee – im Idealfall als Teil einer europäischen Armee“.⁵⁰

Organisatorische Kritik komme aus dem BMVg selbst, BI-Autor Lars Petersen berichtete von kritischen Stimmen aus BMVg-Kreisen. „Eine Wehrpflicht würde erstmal fast ausschließlich Soldaten in Mannschaftsdienstgraden in die Truppe spülen, wo doch in dieser Laufbahngruppe die Bewerberzahlen ohnehin schon sehr gut seien“, Bedarf gebe es vor allem bei den Soldat*innen mit Unteroffiziers- oder Offiziersgraden. Denn eigentlich fehlen der Bundeswehr

Fachkräfte wie Informatiker*innen oder Mediziner*innen, die über eine Wehrpflicht nur bedingt zu gewinnen sind. Ob diese sich dann auf längere Zeit verpflichten, sich zu Berufssoldat*innen ausbilden lassen oder eine anderweitige Karriere bei der Bundeswehr eingehen, könne mit der Wehrpflicht nicht beeinflusst werden. Stattdessen wurde gefordert, dass es stärker um das Halten von Bundeswehr-Personal gehen müsse als um dessen „Neugewinnung“.⁵¹

4.4 Umfrageergebnisse: Werte-Erziehung oder Freiheitsberaubung?

In der Befragung „MDRfragt“ im Zeitraum von 12. Bis 16. April 2024 unter der Überschrift „Wehrpflicht: ja oder nein?“ wurden Personen ab 16 Jahren aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht befragt; teilgenommen haben an der Umfrage 24.784 Personen. Diese Umfrage ist nicht repräsentativ, da jede*r Interessierte daran teilnehmen kann, sie wird jedoch wissenschaftlich begleitet und nach soziodemografischen Daten aufgeschlüsselt. Die Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung zurück zur Wehrpflicht möchte: 61 % seien dafür, 38 % dagegen. Der Größte Zuspruch kam allerdings von (ehemaligen) Soldat*innen. Die Hälfte der Befragten wäre außerdem dafür, dass die Wehrpflicht nun auch für Frauen gelten sollte, während 36 % die Wehrpflicht nur für Männer befürworten, dabei bemerkt der MDR eine größere Zustimmung als im vorherigen Jahr. Einer Einführung der allgemeinen Dienstpflicht stehen sogar 77 %, also mehr als Dreiviertel der Befragten positiv gegenüber. Viele befürworten einen allgemeinen Dienst zum Beispiel im sozialen Bereich wie der Pflege, nur 22 % lehnen eine allgemeine Dienstpflicht ab.

In der Umfrage wird außerdem ersichtlich, dass besonders ältere Menschen der Wiedereinführung der Wehrpflicht zustimmen würden (61 % ab 30 Jahre, 68 % ab 65 Jahre und älter). Viele erhofften sich laut Befragung dadurch wohl auch die Vermittlung von traditionellen Werten wie Pflichtbewusstsein, Disziplin, Respekt, Gehorsam, denn viele Jugendliche bräuchten „Zucht und Ordnung“, so eine befragte 86-Jährige. Vor allem wegen des Angriffs Russlands auf die Ukraine befürworten viele die Rückkehr zur Wehrpflicht.

Jüngere Personen, um deren Leben und Entscheidungsfreiheit es geht, sind stärker gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, unter ihnen stimmen weniger als ein Drittel zu (32 % der 16 bis 29-Jährigen). Als Gründe nennen Befragte das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung und dass die Wehrpflicht nicht zu einer gut ausgebildeten Armee beitrage.

Wegen des Personalproblems der Bundeswehr fordern 69 % der Befragten eine stärkere Fokussierung auf die Rekrutierung von Berufssoldat*innen, verbessert werden könne die Lage laut den Befragten durch eine bessere Bezahlung und höhere Wertschätzung von Soldat*innen. Bezüglich der Rekrutierungskampagnen der Bundeswehr positionieren sich 63 % positiv, jedoch stehen auch 29 % der Befragten ablehnend gegenüber der Bundeswehr-Werbung.⁵²

In einer repräsentativen Online-Befragung des Marktfor-

schungsinstituts Ipsos, in der im Zeitraum von 03. März bis 04. März 2023 tausend Wahlberechtigte zwischen 18 und 75 Jahren über die Wehrpflicht befragt wurden, zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. Demnach sind 61 % der Befragten für und nur 29 % der Befragten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht in ihrer alten Form. Sie schlüsseln die Zustimmung nach Parteizugehörigkeit auf und zeigen den Anteil der Stimmen, die entweder „Ja, für alle Geschlechter“ oder „Ja, aber wie zuvor ausschließlich für Männer“ angegeben haben - Anhänger*innen der AfD, CDU und FDP sind stärker bei der zweiten „Ja“-Option vertreten.

Die Anhänger*innen der Grünen (41 % dagegen) und Linken (38 % dagegen) sind etwas skeptischer gegenüber der Wehrpflicht als diejenigen anderer Parteien, es folgt die FDP (33 % dagegen). Die Anhänger*innen der SPD sind am stärksten für die Wehrpflicht, gleichauf mit der AfD, gefolgt von der CDU.

Auch analysierte Ipsos die Zustimmung nach Alter, wobei die Kategorien weiter gefasst sind als bei der MDR-Befragung. Unter den 18-39-Jährigen sind nur 60 % für die Wehrpflicht und 33 % dagegen. Auffällig ist, dass unter diesen auch die Zustimmung zur geschlechtsunabhängigen Variante am geringsten ist. Unter den 60- bis 75-Jährigen stimmen 65 % für die Wehrpflicht, wobei in dieser Altersgruppe die Zustimmung zur Variante für alle Geschlechter am höchsten ausfällt und nur 22 % dagegen. Die Gruppe der 40- bis 59-Jährigen befinden sich dazwischen, unter ihnen ist der Anteil derjenigen, die die Wehrpflicht nur für Männer fordern, jedoch am geringsten.

Interessant ist, dass das Institut auch die Zustimmung zur geschlechtsunabhängigen Wehrpflicht nach der Geschlechtszugehörigkeit aufgeschlüsselt hat. Divers wurde hier nicht erhoben. Unter Frauen ist die Zustimmung zur Wehrpflicht mit 57 % allgemein geringer als unter den Männern mit 64 %. Überraschend ist, dass von den Frauen 36 % die Wehrpflicht für Frauen fordern, während von den Männern 49 % die Wehrpflicht für Frauen gutheißen. Der Anteil derjenigen, die gegen eine Wehrpflicht sind, ist zwar unter den Frauen geringer, jedoch sind 16 % unentschlossen und machen gar keine Angabe zur Wehrpflicht.⁵³

5. Ausblick

5.1 CDU für Rückkehr zur Wehrpflicht

Nach einem Antrag der Jungen Union stimmt die in der Opposition befindliche CDU auf ihrem Parteitag am 7. Mai 2024 in Berlin für eine Rückkehr zur Wehrpflicht in ihrem Parteiprogramm. Für die „Übergangszeit“ solle demnach eine Kontingentwehrpflicht eingeführt werden, bis die Wehrpflicht als ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ den Streitkräften der Bundeswehr „zugutekommen“ soll. Die Junge Union und die CDU wollen junge Frauen und Männer zur Arbeit oder zum Wehrdienst zwingen, je nachdem wo Bedarf ist. Damit wäre dann das Rekrutierungsproblem und auch anderweitiger Personalmangel wie etwa in Pflegeeinrichtungen gelöst.

Die CDU hatte den vorläufigen Abschied von der Wehrpflicht in Friedenszeiten auf einem Parteitag eingeleitet und diesen 2011 in der Bundesregierung mit CSU und FDP vollzogen. Es gibt nun einige, die meinen, dass es ein großer Fehler war, die Wehrpflicht auszusetzen. Die damaligen Diskussionen drehten sich um die „Wehrgerechtigkeit“, für die Entscheidung überwog schließlich das Argument Geld zu sparen. Auf ihrem Parteitag im Mai 2024 bekannte sich die CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm zur gesellschaftlichen Militarisierung: „Die Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei. Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen“. Die Regierungsparteien seien dazu trotz Einstufung Russlands als größte sicherheitspolitische Bedrohung Europas durch die NATO „noch nicht so weit“, wird in der WELT bemängelt. Nur der Verteidigungsminister würde „weiterdenken“ und nicht mehr an der bloßen Rekrutierung von Freiwilligen festhalten.⁵⁴

5.2 Kommt die Grundgesetzänderung?

Eine Änderung des Grundgesetzes ist momentan äußerst unwahrscheinlich, „da die Bundesregierung keine Chance auf eine Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Grundgesetzes sieht“, so berichtet das Magazin „defence network“ im Juni 2024. Der Preis für ihre Zustimmung sei zu hoch, die CDU/CSU werde wahrscheinlich selbst mit ihrem im neuen Grundsatzprogramm enthaltenen „Gesellschaftsjahr“ und der „geschlechtsneutralen Wehrpflicht“ in den Bundestagswahlkampf ziehen.

Momentan sieht das Grundgesetz Artikel 12a GG (1) nur Dienst für Männer vor: „Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.“ Auf Frauen bezieht sich im Gegenzug Abschnitt 4 des Artikel 12a GG, dieser lautet: „Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden.“ Bei Frauen muss also erst der Verteidigungsfall ausgerufen werden, um ihre Dienstpflicht zu aktivieren.⁵⁵

Inwiefern der Artikel 12a des GG inklusive des Abschnitt 4 überhaupt umgeändert werden könnte, ist bisher offen.

5.3 Protest und Widerstand

In Berlin protestierten am 13. Juni, also einen Tag nach Pistorius‘ Pressekonferenz zum „Neuen Wehrdienst“, rund 50 Jugendliche gegen Aufrüstung, Wehrdienst, Wehrpflicht und Krieg. Man wolle nicht auf andere Jugendliche schießen und nicht den „Krieg der Reichen auf dem Rücken der Arbeiter*innen austragen“.

Ralf Buchterkirchen von der DFG-VK sieht die Gefahr einer „Reaktivierung der Wehrpflicht durch die Hintertür“. Die Friedensorganisation plane für die jungen Menschen Lösungswege zum jeweiligen Fragebogen herauszugeben,

damit die Musterung umgangen werden kann. Es sind laut Buchterkirchen viele Fragen offen: „Was passiert mit denjenigen, die zwangsgemustert wurden, aber danach den Kriegsdienst verweigern? Müssen die dann einen Zivildienst ableisten?“ Der DFG-VK Friedensverband fordert eine grundlegende Debatte über Sicherheitspolitik: „Wir lehnen Zwangsdienste ab und fordern statt einer Ausweitung des Militärischen endlich zivile Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung ausreichend zu fördern, um ‚friedensfähig‘ statt ‚kriegstüchtig‘ zu werden“.⁵⁶

6. Fazit

Mit dem „Neuen Wehrdienst“ sollen zunächst 5.000 weitere Wehrdienstleistende ausgebildet werden, die Zahl dieser und die Ausbildungskapazitäten sollen aber in den nächsten Jahren schrittweise erhöht werden. Dennoch wird durchaus bezweifelt, ob die Bundeswehr mit dem nun vorgestellten Wehrdienst die Zielgröße von 203.000 Soldat*innen (geschweige denn noch mehr) wird erreichen können. Spätestens wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt, könnte es sehr schnell mit jeder Freiwilligkeit gänzlich vorbei sein, wie teils auch offen eingeräumt wird: „Sollte die Zahl der Freiwilligen nicht reichen, muss es die Pflicht geben. Da bin ich mir mit Boris Pistorius einig“, sagte die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) gegenüber der Welt.⁵⁷ Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass eine schrittweise Ausweitung des „Neuen Wehrdienst“ zu einer (geschlechtsneutralen) allgemeinen Wehrpflicht mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgen wird.

Es bleibt unklar, wie man die Wehrdienstleistenden nach ihren mindestens 6 Monaten Wehrdienst von einer Karriere bei der Bundeswehr überzeugen kann. Um die Ziele zu erreichen bräuchte die Bundeswehr mehr aktive Soldat*innen für die stehenden Streitkräfte, also Soldat*innen auf Zeit, Berufssoldat*innen und Fachkräfte in den Bereichen Medizin, Informatik und Ingenieurwesen. Und Diskussionen wird es auch noch geben, weil die jungen Menschen dem allgemeinen Arbeitsmarkt auch nicht „weggenommen“ werden sollen, die es zum Beispiel in sozialen Einrichtungen, Krankenhäusern, im Handwerk oder der Industrie bräuchte.

Wenn heute durch Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben und in die Hände der Rüstungsindustrie „gespart“ wird, wird sich zeigen, welche Auswirkungen die innenpolitische Lage, die durch die zunehmende Armut, Ausgrenzung und wachsenden Rechtsextremismus verschärft wird, auf die Sicherheit Europas haben wird.

Anmerkungen

- 1 Personalzahlen der Bundeswehr, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de) (Stand: 30. August 2024).
- 2 Vor allem junge Menschen lehnen die Einführung der Wehrpflicht ab, 08.05.2024, MDR.
- 3 Fehr, Mark: Die Bundeswehr braucht 20.000 neue Soldaten und Soldatinnen, 05.02.2024, [FAZ](https://www.faz.net).
- 4 Personalplanung: 203.000 Soldaten sind das Ziel - 1800 zusätzliche zivile Posten, 27.05.2020, [dbwv](https://www.dbwv.de).
- 5 Pistorius stellt Ziel von 203.000 Soldaten bis 2031 infrage, 01.06.2023, [Zeit](https://www.zeitung.de).
- 6 Petersen, Lars: Selbst Wehrpflicht hilft wohl nicht: Hat die Bundeswehr nicht genügend Soldaten, um Deutschland zu verteidigen? 18.05.2024, [Business Insider](https://www.businessinsider.com).
- 7 Wüstner, André (Vorsitzender Bundeswehrverband), Vorwort im Magazin „Die Bundeswehr“, Mai 2024, S. 3
- 8 Jungholdt, Thorsten: Das Ende der „Zeitenwende“, 31.05.2024, [Welt](https://www.welt.de).
- 9 Gebaur, Matthias/ Korbaki, Marina: Der eine denkt vom Frieden her, der andere vom Krieg, 07.06.2024, [Spiegel](https://www.spiegel.de).
- 10 Ebd.
- 11 Rupprecht, Nina: Widersprüchliche Werbekampagne; Kleiß, Alexander: Atmender Personalkörper. In: IMI-Ausdruck, Schwerpunkt Rekrutierung, Nr. 18/101, 2020.
- 12 Vgl. Wehrbericht der Wehrbeauftragten Eva Högl von 2022 und 2023.
- 13 Wehrbericht der Wehrbeauftragten Eva Högl von 2023, S. 45.
- 14 Kampagne „Unter 18 nie“.
- 15 Bathe, Benedikt: Warum die Truppe ein Personalproblem hat, 17.06.2023, [Tagesschau](https://www.tagesschau.de).
- 16 [Bundeswehr](https://www.bundeswehr.de) Social Media Guidelines.
- 17 Lasserre, Pascal: Wie könnte die Truppe attraktiver werden? 14.02.2023, [Tagesschau](https://www.tagesschau.de).
- 18 Bundeswehr, [BE Strong 1/2024](https://www.be-strong.de).
- 19 Hauk, Uli: Viele offene Fragen bei der Wehrpflicht, 13.04.2024, [Tagesschau](https://www.tagesschau.de).
- 20 SPD-Chef zeigt sich offen für soziale oder militärische Dienste, 09.05.2024, [Zeit](https://www.zeitung.de). Wehrbeauftragte Högl: „Pflicht beim Wehrdienst unumgänglich“ 15.06.2024, [Deutschlandfunk](https://www.deutschlandfunk.de).
- 21 Jungholdt, Thorsten: So plant Pistorius die Wehrpflicht-Wende, 13.05.2024, [Welt](https://www.welt.de).
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Militär-Fachblog [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net)
- 26 Pistorius stampft Wehrpflichtpläne ein, [Spiegel](https://www.spiegel.de), 27.05.2024.
- 27 Pistorius präsentiert sein Konzept zur Wehrpflicht, [FAZ](https://www.faz.net), 27.05.2024.
- 28 Johannes Mühle: Mehr Pflicht. Die Bedeutung der Wehrpflicht für eine aufwuchs- und durchhaltefähige Bundeswehr. GIDS Statement 2 / 2024, Hamburg.
- 29 Der „Neue Wehrdienst“: Pistorius setzt auf Auswahl und Freiwilligkeit, 12.06.2024, [BMVg](https://www.bmvg.de).
- 30 Neuroth, Oliver: Pistorius hofft durch Fragebogenpflicht auf 5.000 neue Wehrdienstleistende pro Jahr, 12.06.2024, [Rbb](https://www.rbb.de).
- 31 Ebd.
- 32 Wiegold, Thomas: Dokumentation Konzept „neuer Wehrdienst“, 12.06.2024, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net).
- 33 Neuroth, Oliver: Pistorius hofft durch Fragebogenpflicht auf 5.000 neue Wehrdienstleistende pro Jahr, 12.06.2024, [Rbb](https://www.rbb.de).
- 34 Darum kommen Infoschreiben von der Bundeswehr, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 30.05.2023.
- 35 Aßmann, Tim/ Clement, Kai: Wie der neue Wehrdienst aussehen könnte. 12.06.2024, [Tagesschau](https://www.tagesschau.de).
- 36 Heimbach, Tobias: Wehrpflicht auch für Frauen? 06.05.2024, [Stuttgarter Zeitung](https://www.stuttgarter-zeitung.de).
- 37 Koponen, Linda: Dänkemark führt die Wehrpflicht für Frauen ein. Wieso? 20.03.2024, [NZZ](https://www.nzz.ch).
- 38 Frauen im Militär, [Wikipedia](https://www.wikipedia.de).
- 39 Verteidigungsministerium will Frauenanteil in der Bundeswehr auf mindestens ein Fünftel erhöhen, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), Frauen bei der Bundeswehr, [Bundeswehr](https://www.bundeswehr.de).
- 40 Aufgrund der diskriminierenden Praxis, bei statistischen Erhebungen häufig nur binäre Zuordnungen (männlich/weiblich) abzufragen, gibt es kein statistisches Material, das alle Geschlechter angemessen berücksichtigt. Geschlechter, die nicht der binären Norm entsprechen, werden in der Regel einfach der Kategorie „Frau“ zugezählt. Daher wird auf dieser Seite nur von „Männern“ und „Frauen“ gesprochen. “Unbezahlte Hausarbeit, Pflege und Fürsorge”, [Oxfam](https://www.oxfam.de).
- 41 Dr. Egleder, Julia: Wo sind die Frauen in der Bundeswehr? 11.03.2024, Magazin [loyal Reservistenverband](https://www.loyal.de).
- 42 Goldman, Olga: Was sagen Frauen zur Wehrpflicht für Frauen? 02.06.2024, [perspektive-online](https://www.perspektive-online.de).
- 43 Gemeint wird hier ein intersektionaler Feminismus, der sich auf die komplexen Lebensrealitäten von Menschen und die Auswirkungen von multiplen Diskriminierungen bezieht.
- 44 Glaw, Julian: Ein Dienst an der Gesellschaft, 15.05.2024, [Rheinische Post](https://www.rheinische-post.de).
- 45 Debatte um Wehrpflicht - Statement von Dr. Joachim Rock, 12.06.2024, [Der Paritätische Gesamtverband](https://www.paritaetische-gesamtverband.de).
- 46 BRK fordert Stärkung bestehender Strukturen und warnt vor ‚Veramschung‘ sozialer Berufe, 18.01.24, [Bayrisches Rotes Kreuz](https://www.bayrisches-rotes-kreuz.de).
- 47 Ebd.
- 48 Ifo: Wehrpflicht könnte gesamtwirtschaftliche Kosten von bis zu 70 Mrd. Euro verursachen, 10.07.2024, [Deutschlandfunk](https://www.deutschlandfunk.de).
- 49 Pressemitteilung, 10.07.2024, [ifo Institut](https://www.ifo.de).
- 50 Losse, Bert: „Ökonomisch gäbe es keinen schlechteren Zeitpunkt als jetzt“, 15.06.2024, [Wirtschaftswoche](https://www.wirtschaftswoche.de).
- 51 Petersen, Lars: Selbst Wehrpflicht hilft wohl nicht: Hat die Bundeswehr nicht genügend Soldaten, um Deutschland zu verteidigen? 18.05.2024, [Business Insider](https://www.businessinsider.com).
- 52 Siebenhaar, Anna: Deutliche Mehrheit für Rückkehr zur Wehrpflicht, 06.05.2024, [MDR](https://www.mdr.de).
- 53 Dr. Grimm, Robert: Deutliche Mehrheit für Wiedereinführung der Wehrpflicht, 09.03.2023, [Ipsos](https://www.ipsos.com).
- 54 Jungholdt, Thorsten: So plant Pistorius die Wehrpflicht-Wende, 13.05.2024, [Welt](https://www.welt.de).
- 55 Frank, Dorothee: Bald wieder Wehrpflicht für Männer, 06.06.2024, [Defence Network](https://www.defence-network.de).
- 56 Friedensverband [DFG-VK](https://www.dfg-vk.de).
- 57 Wehrbeauftragte hält Pflicht beim Wehrdienst für unausweichlich, 15.06.2024, [Welt](https://www.welt.de).

Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisationsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.
Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:
**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

